

GRÜNES FRANKFURT

ZEITUNG DER GRÜNEN IM RÖMER
AUSGABE 03/2010

DIE GRÜNEN
IM RÖMER

FRANKFURT IST „BUNDESHAUPTSTADT IM KLIMASCHUTZ 2010“



Frankfurt hat – fast – die beste Klimaschutzpolitik in Deutschland. Beim Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) schnitt nur noch Freiburg besser ab. In der vorigen Runde 2006 hatte Frankfurt noch den 6. Platz belegt. „Wir machen also beachtliche Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Green Capital“, sagte Umweltdozentin Manuela Rottmann nach der Preisverleihung am 25. Oktober in Berlin. „Klimaschutz hat inzwischen alle Bereiche der Stadtentwicklung erfasst – vom Bauen über die Verkehrspolitik bis hin zum A++ Kühlschrank im Haushalt.“ In einem 13-seitigen Bewertungsbogen erhielt Frankfurt die zweitbeste Punktzahl aller 73 Teilnehmerkommunen. Auf Platz 1 rangiert Frankfurt in der Verkehrspolitik, der Energieerzeugung sowie der Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Einen guten 3. Platz gab es auch für die Energiespar-Initiativen. Gegenüber Freiburg ist jedoch bei der Siedlungsgestaltung noch einiges nachzuholen – hier kam Frankfurt nur auf Platz 12. Auch die Bereiche „Green IT und energieeffizientes Büro“ verdienen noch mehr Aufmerksamkeit. Zwar sind seit

dem Commerzbank-Hochhaus nirgends so viele „Green Buildings“ entstanden wie in der Frankfurter Skyline. Doch der Ausbau des Internetknotens und die hohe Konzentration von Rechenzentren führten dazu, dass in Frankfurt inzwischen an heißen Sommertagen mehr Strom verbraucht wird als im Winter. Den Verbrauch ihrer eigenen Server konnte die Stadt noch nicht beziffern.

Die Jury der DUH würdigte vor allem Frankfurts „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“. Da die Leitlinien von der Planung bis zum möglichen Rückbau alle Lebenszyklen eines Gebäudes berücksichtigen, können die Kosten über die gesamte Nutzungszeit minimiert werden. Davon profitieren die kommunalen Kassen und das Klima.

Seit 2007 dürfen öffentliche Bauten nur noch in Passivbauweise errichtet werden. Damit erfüllt die Stadt Frankfurt bei ihren Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden heute schon die europäischen Standards für 2019. Und mit ihren Wohnungsgesellschaften, welche die Passivbauweise mit Bürgersolaranlagen und Blockheizkraftwerken kombinieren, gibt sie privaten Bauherren ein Vorbild.

Auch in der Öffentlichkeitsarbeit überzeugte Frankfurt. Als „beispielhaft“ bezeichneten die Laudatoren die Kampagne „Frankfurt spart Strom“, bei der Haushalte eine Geldprämie erhalten, wenn sie mindestens 10 Prozent Strom einsparen. Das Energiereferat unterstützt die Bürgerinnen und Bürger dabei unter anderem mit Glühbirnenaustauschaktionen, einer Abwrackprämie für alte Kühlschränke und einer Mitmach-Ausstellung über Unterhaltungselektronik.

Bei der Stromerzeugung punktete Frankfurt mit dem hohen Anteil lokal produzierten Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung. So versorgt das Müllheizkraftwerk in der Nordweststadt bald auch den Uni-Campus Westend und das neue Quartier auf dem Campus Bockenheim mit Fernwärme. Lob gab es auch für die Pläne der Mainova, in Windkraft zu investieren, und für die Bereitstellung städtischer Dächer für Bürgersolaranlagen.

Der Sprung von Platz 6 auf Platz 2 wäre ohne die klimafreundliche Verkehrspolitik von Stadtrat Lutz Sikorski nicht möglich gewesen. Sowohl für den Ausbau des ÖPNV als auch für die Förderung des Rad- und Fußverkehrs erreichte Frankfurt bun-

desweit die höchste Punktzahl.

Fazit der Deutschen Umwelthilfe: Frankfurt hat seine Hausaufgaben in Sachen Klimaschutz gemacht und sich darüber hinaus einer konkreten Vision verschrieben: Die Stadt will dem drohenden Klimawandel mit einem Wandel der lokalen Wirtschaftsweise und der Lebensstile begegnen, die Menschen zum Handeln bewegen und Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz gewinnen.

Bilder von der Preisübergabe und ein Kurzporträt von Frankfurt sind auf den Internetseiten der DUH zu finden: www.duh.de/klimakommune.html

Weitere Informationen zu den genannten Projekten sind unter folgenden Links erhältlich: Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Frankfurt: www.energiereferat.stadt-frankfurt.de

Kampagne „Frankfurt spart Strom“: www.frankfurt-spart-strom.de

Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen: www.stadt-frankfurt.de/energiemanagement

Inhalt

Seite 1: Frankfurt ist „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Seite 1: Greenbashing: Erneuerbare Energien auf der Anklagebank

Seite 2: Wohnungsmarkt und Klimaschutz

Seite 2: Gastkommentar: „LOHAS – Mehr als Green Glamour“

Seite 2: Lebensmittelkontrollen und Verbraucherschutz – Ein Smiley für Frankfurt

Seite 3: Bund und Land ruinieren Frankfurter Finanzen

Seite 3: Arbeitsmarktpolitik in Frankfurt

Seite 3: Einhausung der Autobahn 661

Seite 3: Frankfurter Bahnhöfe in schlechtem Zustand – Wohin gehen die Millionen der Deutschen Bahn?

Seite 4: Weichenstellung für Naxos – Industriedenkmal und Kulturstätte werden erhalten

ERNEUERBARE ENERGIEN AUF DER ANKLAGEBANK

„Ökoenergie treibt Strompreis in die Höhe“, „Die Ökorepublik wird unsozial“, so oder ähnlich titelten deutsche Zeitungen in den letzten Wochen.

Tatsächlich soll die Umlage für erneuerbare Energien, die nur einen Teil des Strompreises ausmacht, im kommenden Jahr deutlich steigen. Für einen durchschnittlichen Haushalt mit 4.000 kWh Verbrauch würde das auf der Stromrechnung etwa 5 Euro im Monat bzw. 60 Euro im Jahr ausmachen, wenn die Stromversorger die Erhöhung komplett an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Da die Börsenpreise für Strom allerdings im vergangenen Jahr gesunken sind, gibt es für die Energieversorgungsunternehmen Einsparungen, die sie an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben können. Es bleibt abzuwarten, welche Versorger im Windschatten dieser Debatte versuchen werden, ihre Gewinne weiter zu erhöhen.

Grund für den Sprung in der Umlage ist der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland, vor allem im vergangenen Jahr. Dieser Boom hat auch Frankfurt erfasst: Lag die installierte Leistung Ende 2005 in Frankfurt noch bei etwa 1,4 MWp (Megawatt peak), dürften es derzeit etwa 8,7 MWp sein. Grund für diesen Boom sind drastisch sinkende Preise für die Solarmodule, die ihrerseits wieder dadurch möglich

wurden, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen deutlich erhöht und gleichzeitig mit einer sinkenden Vergütung verknüpft hat. Schon in wenigen Jahren wird Solarstrom nicht mehr teurer sein als herkömmlicher Strom. Etwas später werden die ersten Altanlagen aus der Förderung fallen. Dann wird die EEG-Umlage sogar trotz fortgesetzten Ausbaus sinken. Auch die Photovoltaik ist also auf dem Weg in die Wettbewerbsfähigkeit und wird in der Zukunft einen preiswerten und wichtigen Beitrag zur Stromversorgung in Deutschland liefern.

Aufgrund des massiven Ausbaus spielen die erneuerbaren Energien für den Strommarkt auch heute schon eine viel größere Rolle, als es die großen Stromversorger suggerieren wollen. In Frankfurt ist die Stromnachfrage schon seit einigen Jahren im Sommer am höchsten, insbesondere wegen des wachsenden Kühlbedarfs für Datenleitungs- und Datenverarbeitungsanlagen. Früher wurden diese Nachfragespitzen durch teure fossile Anlagen ausgeglichen, wodurch der Börsenpreis für Strom drastisch stieg. Aber in den heißen Monaten des Jahres 2010 wurde dieser Effekt zum ersten Mal deutlich abgeschwächt. Grund dafür waren vor allem die Photovoltaikanlagen, die in Deutschland so viel Strom erzeugten, dass auf die Zuschaltung teurerer Spitzenlastkraftwerke verzichtet werden konnte. Der Zuwachs der Photovoltaik hat also schon heute auch finanziell entlastende

Effekte. Für 2008 wurde der preisdämpfende Effekt der erneuerbaren Energieträger insgesamt schon auf 5,4 Milliarden Euro geschätzt. Volkswirtschaftlich betrachtet sind die Vorteile der erneuerbaren Energien sogar noch größer. So senkt der erneuerbar erzeugte Strom die Kosten für den Import fossiler Brennstoffe um 5,7 Milliarden Euro/Jahr. Und vor allem: Er reduziert die Marktmacht der großen Energieversorger, die zu einem ganz wesentlichen Teil die Strompreise in Deutschland bestimmt.

Wie aber lässt sich der Übergang zu erneuerbaren Energien sozialverträglich gestalten? Die Lösung lautet: Mehr Energieeffizienz! Insbesondere ärmere Haushalte müssen bei der Umstellung auf energieeffizientere Geräte unterstützt werden. Frankfurt hat hier mit dem Stromcheck-Service des Cariteams ein Modellprojekt entwickelt, das bundesweit in über 60 Kommunen kopiert wird. Die dort beratenen Haushalte haben im Durchschnitt 92 Euro an Stromkosten im Jahr eingespart, ohne auf Komfort verzichten zu müssen. Beim Programm „Frankfurt spart Strom“ verringert sich die jährliche Stromrechnung sogar um durchschnittlich 159 Euro. Mit Energieeffizienz können wir den sozialverträglichen Wechsel zu einer sicheren, bezahlbaren Energieversorgung aus erneuerbaren Energien schaffen. Unsozial wäre auf lange Sicht vor allem eines: das Festhalten an den bisherigen Strukturen der Energieversorgung!





WOHNUNGSMARKT UND KLIMASCHUTZ

Das böse Wort der „Gentrifizierung“ ist inzwischen auch in Frankfurt in aller Munde. In den innenstadtnahen Wohnquartieren sind zunehmend Sanierungsmaßnahmen zu beobachten, die zu hochpreisigem Wohnraum und einer Verdrängung von Bevölkerungsgruppen mit unteren und mittleren Einkommen führen. Die aktuelle Diskussion um die Finanzierung der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden trifft deshalb in Frankfurt auf eine verunsicherte und teilweise erheblich unter Druck geratene Bevölkerung, die befürchtet, dass dadurch Wohnraum noch teurer wird und in Vierteln wie dem Westend oder dem Nordend für sie gar nicht mehr bezahlbar ist. Doch in der aktuellen Debatte wird vieles vermischt, was nicht zusammengehört.

Tatsache ist, dass in Frankfurt die Kaltmieten, vor allem in den begehrten innenstadtnahen Lagen, in jüngster Zeit deutlich angestiegen sind. In der öffentlichen Diskussion werden vielfach energetische Sanierungsmaßnahmen hierfür verantwortlich gemacht. Die Ursachen für den deutlichen Anstieg der Kaltmieten sind jedoch vielfältig – unter anderem zählen dazu ein starkes Bevölkerungswachstum in Frankfurt, steigender Wohnflächenbedarf, ein enormer Sanierungsbedarf bei Wohngebäuden der 50er bis 70er Jahre und die Rückkehr sehr einkommensstarker Schichten in die Stadt. Dagegen tragen die energetischen Sanierungen nur in geringem Umfang zu dem Mietpreisanstieg bei. Und sie unterscheiden sich von allen genannten preistreibenden Faktoren dadurch, dass sie sich bei den Mieterinnen und Mietern finanziell positiv auswirken. Wer die teuersten Angebote in den Immobilienportalen genauer betrachtet, erkennt, dass es sich dabei vorwiegend um zwar sanierte, aber gerade nicht energetisch optimierte Altbauten in den bevorzugten Gründerzeitstadteilen handelt.

Gleichwohl wird derzeit vielerorts die Sinnhaftigkeit einer umfassenden energetischen Sanierung des Wohngebäudebestands vor allem mit Blick auf die Kosten für die Mieterinnen und Mieter in Frage gestellt. In Wahrheit jedoch haben sich die Kaltmieten in Deutschland in den letzten Jahren weitaus weniger erhöht als die Energiekosten. Die Kaltmieten sind um durchschnittlich gut 4 Prozent gestiegen, die Energiekosten der Haushalte einschließlich Strom aber um fast 28 Prozent. Dies zeigt, dass ein Verzicht auf eine rasche energetische Sanierung des Wohnungsbestands eine massive soziale Gefährdung gerade der Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen durch weiter steigende Energiekosten bedeuten würde. Um Wohnen für einkommensschwache Haushalte nicht

unbezahlbar werden zu lassen, ist ein niedrigerer Energieverbrauch der Gebäude das A und O.

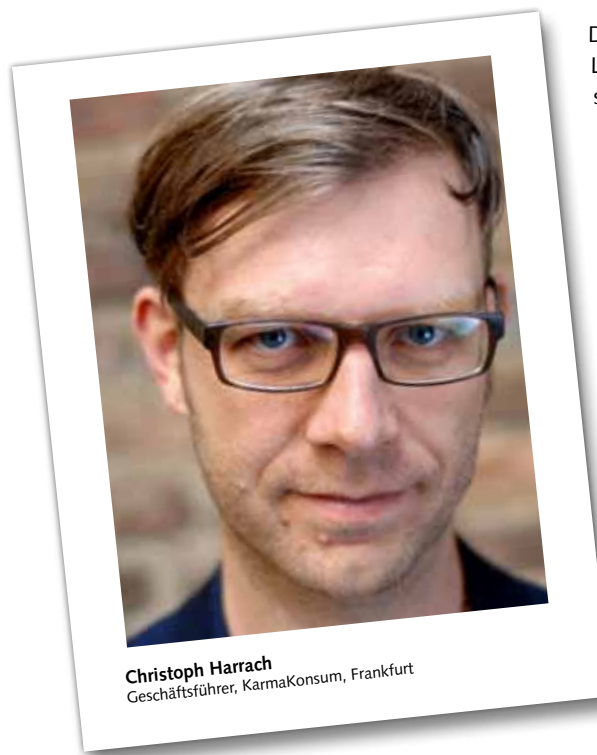
Der Handlungsbedarf ist enorm. Etwa drei Viertel aller Gebäude in Deutschland sind vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1979 erbaut worden, darunter auch viele Wohngebäude. Entsprechend liegt der Wärmeverbrauch in Gebäuden heute zehnmal höher, als dies technisch möglich wäre. Die Einsparpotenziale sind also sehr groß. Unser Ziel ist es, innerhalb von fünfzehn Jahren den gesamten Wohngebäudebestand in Frankfurt energetisch zu optimieren. Dabei dürfen aber die auf die Mieterinnen und Mieter umlegbaren Mehrkosten für die energetische Optimierung der eingesparten Energiekosten nicht übersteigen. In diesem Zusammenhang ist der Vorstoß der Bundeskanzlerin, die Mieterinnen und Mieter deutlich stärker als bislang an den Kosten einer energetischen Sanierung zu beteiligen, als sozial unausgewogen und mietpreistreibend zurückzuweisen.

Was den Trend der Gentrifizierung anbelangt, so ist Frankfurt damit unabhängig von der energetischen Sanierung der Wohngebäude konfrontiert. Die leichtfertige Abkehr von Klimaschutzzielen kann diesen Trend deshalb nicht stoppen. Dazu bedarf es anderer Instrumente. So brauchen wir beispielsweise ein umfassendes Segregationsmonitoring, ein Frühwarnsystem, das zeitnah die Stadtteile benennt, aus denen die Haushalte mit geringerem Einkommen verdrängt werden. In diesen Quartieren muss von Seiten der Stadt konsequent gegengesteuert werden, unter anderem durch die Nutzung kommunalen Vorkaufsrechts bei vakanten Grundstücken oder durch städtebauliche Verträge mit privaten Investoren, um die Schaffung von preiswertem und gefördertem Wohnraum sicherzustellen. Auch durch die vermehrte Bereitstellung von Grundstücken und Immobilien für innovative Projekte selbstgenutzten Wohnens und durch die Weiterentwicklung der bestehenden Erhaltungssatzungen zu Milieuschutzsatzungen, die eine Handhabe bieten gegen Luxus-sanierungen.

Trotz der aktuellen Tendenzen gehört Frankfurt in Fragen der Gentrifizierung und sozialen Segregation noch zu den Schlusslichtern unter den deutschen Städten. Und in Fragen des Klimaschutzes gehört Frankfurt zu den Vorreitern. Dies soll so bleiben – denn zu einer nachhaltigen Stadt gehören wirksame Klimaschutzmaßnahmen ebenso wie lebendige Wohnquartiere, in denen ganz unterschiedliche soziale Gruppen Tür an Tür wohnen.

GASTKOMMENTAR: „LOHAS – MEHR ALS GREEN GLAMOUR“

Immer mehr Menschen wollen ihr Leben bewusst auf der Grundlage von Gesundheit und Nachhaltigkeit gestalten, ohne dabei auf Konsum und Genuss verzichten zu müssen.



Christoph Harrach
Geschäftsführer, KarmaKonsum, Frankfurt

Der aktuelle Diskurs über die Lebensstile auf Basis von Gesundheit und Nachhaltigkeit (Lifestyles of Health and Sustainability, abgekürzt LOHAS) in der Fach- und Wirtschaftspresse spiegelt nur in Ansätzen die gesellschaftspolitischen und kulturellen Dimensionen dieser Bewegung wider. Aufgrund dieser reduzierten Darstellung in den Medien hat sich in der Öffentlichkeit ein Bild eingeprägt, das LOHAS meist als Green Glamour darstellt. Diese Idee ist geprägt von verschwenderisch lebenden Hedonisten, die beispielsweise Flugmeilen CO₂-neutral kompensieren

und mit edler und teurer Geländelimousine zum Biomarkt fahren, um dort einzukaufen. Diese Versuche, die komplexen LOHAS-Lebensstile in Schemata zu pressen, werden auch von der Wirtschaft übernommen. Sie versucht, die Zielgruppe LOHAS zu identifizieren. Dies ist nur schwer möglich, da sie eine alters- und milieunabhängige subkulturelle Strömung darstellt.

Der amerikanische Soziologe Paul Ray war es, der das LOHAS-Phänomen in den USA erstmalig im Jahr 2000 entdeckte. Die gemeinsame wissenschaftliche Untersuchung von KarmaKonsum und Sinus SocioVision belegt, dass es nicht den einen Lebensstil auf Basis von Gesundheit und Nachhaltigkeit gibt, sondern viele. LOHAS ist also ein Plural und ist geprägt von diversen Ausdrucksformen.

In der Studie wird noch eines deutlich: Knapp zwei Drittel der in der Studie identifizierten Personen sind weiblich. Zudem sind sie häufiger als der Durchschnitt verheiratet und haben Kinder. Dies belegt die allgemeingültige These in der Soziodemografie, dass LOHAS ein deutlich weibliches Phänomen darstellt.

Auch die Motivationen der Menschen, einen solchen Lebensstil zu führen, sind durchaus vielfältig und verändern sich zudem im Zeitverlauf. Neben den viel diskutierten hedonistischen Motiven („Ich möchte meinen Körper gesund und giffrei halten“) gibt es soziale Motive („Ich möchte, dass meine Kinder noch eine Zukunft haben“) und politische („Wir brauchen mehr weltweite Gerechtigkeit im Welthandel“) und auch spirituelle Überzeugungen („Ich möchte die Schöpfung bewahren“).

Der Konsum spielt für LOHAS eine wesentliche Rolle. Konsum bietet Menschen einen einfachen und ersten Ansatz, ihr Leben nachhaltiger und damit sinnvoller zu gestalten. Im Konsum als kulturell verankerte und gelernte Ausdrucksform menschlicher Handlung kann der Mensch leicht die Auswirkungen seines Tuns erleben. Gemäß dem Motto von Mahatma Gandhi („Du musst selbst die Veränderung werden, die du in der Welt sehen möchtest“) hat der Konsument (Consumer Citizen) einen direkten wirtschaftspolitischen Einfluss auf die Märkte. Die zunehmend soziale Anerkennung nachhaltiger Lebensstile bestärkt und bestätigt diese Lebensweise im sozialen Umfeld.

Somit kann LOHAS lediglich als ein Etikett einer größeren gesellschaftlichen Bewegung verstanden werden, die auf der Suche nach neuen Wohlstandsmodellen, neuen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen ist. Es herrscht jedoch Konsens unter führenden Marktforschungsunternehmen wie ACNielsen oder der GfK darüber, dass die Nachhaltigkeitsorientierung in der deutschen Gesellschaft wächst.

Christoph Harrach
Geschäftsführer, KarmaKonsum, Frankfurt
christoph@karmakonsum.de

LEBENSMITTELKONTROLLEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ein Smiley für Frankfurt

Es ist ein großer Schritt für den Verbraucherschutz, dass ein bundesweit einheitliches Bewertungssystem für die Hygiene in Gaststätten eingeführt werden soll. Bis Ende des Jahres sollen nun bundeseinheitliche Maßstäbe und Vorschläge erarbeitet werden.

Die Grünen fordern diesen notwendigen Schritt für mehr Transparenz bei den Lebensmittelkontrollen seit langem. Ein solches Zertifizierungssystem wird bereits mit großem Erfolg in Berlin Pankow und in Dänemark angewandt. Anhand eines gut sichtbaren Prüfsiegels ist sofort erkennbar, ob alles in Ordnung war oder Mängel aufgetreten sind. Auch für vorbildliche Frankfurter Lebensmittelverarbeitende Betriebe bietet sich hier die Chance, sich deutlich von den „schwarzen Schafen“ abzugrenzen. Und die Kundinnen und Kunden wissen dann auf einen Blick, wo hygienisch einwandfrei gearbeitet wird und wo nicht.

In Frankfurt werden bei den 400 bis 500 Kontrollen im

Monat bei fast jedem sechsten Betrieb in der Stadt Mängel festgestellt. Sogar bei den Nachkontrollen werden regelmäßig Verstöße aufgedeckt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren davon bisher wenig bis nichts.

Die Grünen werden sich dafür stark machen, dass das Kennzeichnungssystem in Frankfurt eingeführt wird, sobald sich die Verbraucherminister auf ein einheitliches Konzept und eine entsprechende Gesetzesgrundlage geeinigt haben. Dann gilt aber das Gleiche wie in einem Restaurant: Wer bestellt, bezahlt. Das heißt, die Bundesländer müssen die Kommunen auch in die Lage versetzen, dass genügend Lebensmittelkontrollen durchgeführt werden können. Nur wenn die rund 8.000 lebensmittelverarbeitenden Betriebe in Frankfurt mit einer bestimmten Regelmäßigkeit und Gründlichkeit kontrolliert werden können, macht ein Kennzeichnungssystem Sinn. Hier muss gegebenenfalls das Land Hessen helfen, damit die notwendige Kontrollendichte auch erreicht werden kann.



FRANKFURTER FINANZEN RUINIERT VON BUND UND LAND

Bettensteuer für Frankfurt ergebnisoffen prüfen

Die städtischen Finanzen sind mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 – trotz aller Krisen und Kürzungen – zukunftssicher geplant. Die notwendigen sozialen Leistungen werden weiterhin erbracht, das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt in vollem Umfang erhalten und auch kein Museum oder Schwimmbad wird geschlossen. Ebenso können die wichtigen Investitionen in die Infrastruktur und damit in die Zukunft Frankfurts weiter getätigt werden. Diese solide Haushaltspolitik von Grünen und CDU wird aber durch eine verantwortungslose Bundes- und Landespolitik gefährdet.

Das Land Hessen will den Kommunalen Finanzausgleich um 360 Millionen Euro kürzen. Hinzu kommen die Streichung der Zuweisungen aus der Grunderwerbsteuer, die in Frankfurt zu Mindereinnahmen von bis zu 100 Millionen Euro im Jahr führen wird, und die Streichung der Stellplatzabläse, die bisher bis zu 20 Millionen Euro pro Jahr an Einnahmen gebracht hat.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch der Wortbruch der Landesregierung bei der Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung. Auch bei der geplanten Schuldenbremse in Hessen ist davon auszugehen, dass es der Landesregierung nur um einen Vorwand geht, den Kommunen zusätzliche finanzielle Lasten aufzudrücken beziehungsweise weitere Kürzungen vorzunehmen. Die Landesregierung ist also auf bestem Wege, Frankfurt nachhaltig zu schwächen. Wenn in Frankfurt nicht mehr das Geld da ist, um in die Infrastruktur zu investieren und jene Leistungen zu erbringen, die letztlich auch die Attraktivität des Standortes ausmachen, werden am Ende auch die Einnahmen des Landes Hessen in erheblichem Maße zurückgehen.

Auch viele Entscheidungen der Bundespolitik wurden auf Kosten der Kommunen getroffen. Der Bund spart, insbesondere im sozialen Bereich, und eröffnet damit neue Verschiebepunkte zu Lasten der Kommunen. Denn die Streichung des Heizkostenzuschusses im Wohngeld und des Kinderwohngeldes führen zu Kostenerhöhungen bei den Unterkunftskosten, die von den Kommunen getragen werden. Gleiches gilt für die komplette Streichung des Rentenbeitrages für Langzeitarbeitslose. Dies fördert die Altersarmut und führt zu erhöhtem Bedarf nach Grundsicherung im Alter, die ebenfalls die Kommunen tragen.

Für Hotelübernachtungen wurde von der CDU-FDP-Bundesregierung eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent eingeführt. Es wird erwartet, dass dies insgesamt zu Steuermindereinnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro führt. Aufgrund des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer bedeutet dies auch in Frankfurt Einnahmeausfälle für den Haushalt.

Deshalb sollte Frankfurt das Für und Wider einer Bettensteuer sorgfältig prüfen und sie nicht vorschnell ablehnen. Große Städte wie Hamburg, München oder Köln haben sich dafür entschieden, dass künftig fünf Prozent des Übernachtungspreises an die Stadt abgeführt werden. Die Abgabe soll dort meist zweckgebunden sein und für kulturelle Aufgaben sowie die Tourismusförderung verwendet werden.

Da nun offenbar zahlreiche Städte eine Übernachtungsabgabe einführen, ist für Frankfurt kein Wettbewerbsnachteil zu erwarten. Es ist also angeraten, in aller Ruhe die Fakten zu prüfen. Welche Einnahmeausfälle sind aufgrund der Mehrwertsteuersenkung für Frankfurt zu erwarten, mit welchen Einnahmen ist mit einer Bettensteuer für Frankfurt zu rechnen, ist der bürokratische Aufwand zur Erhebung einer solchen Abgabe vertretbar?

Angesichts der Tatsache, dass Bund und Land gerne Steuergeschenke verteilen, Mittelzuweisungen an die Kommunen kürzen, bisherige Einnahmequellen streichen und zusätzliche finanzielle Belastungen auf die Städte abwälzen, ist es notwendig, sich über alternative Einnahmequellen Gedanken zu machen. Wer nicht will, dass Frankfurt wieder den Spitzenplatz in Deutschland beim Gewerbesteuerhebesatz belegen soll, der darf nicht voreilig neue Finanzierungsideen verwerfen.

EINHAUSUNG DER AUTOBAHN 661

Die Einhausung und Überdeckung der A 661 ist die beste Lösung in Bezug auf den Lärmschutz für die betroffenen Menschen und bietet große stadtplanerische Chancen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte im Februar 2009, auf Antrag von Grünen und CDU, beschlossen, auf die Bundes- und Landesregierung einzuwirken, dass ein Teil der A 661 eingehaust wird. Sollte dies nicht erreicht werden können, wird die Stadt selber Lärmschutzwände errichten, um für die Anwohnerinnen und Anwohner eine Entlastung zu bewirken.

Leider hatte daraufhin das von der SPD geführte Bundesverkehrsministerium mitgeteilt, eine Einhausung nicht zu finanzieren. Daraufhin hatten sich über einhundert Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung New Atterberry mit der Bitte an die Stadt gewandt, sich nicht weiter für eine Einhausung zu verkämpfen, sondern zügig mit Lärmschutzmaßnahmen zu beginnen.

Nun gibt es aber wieder Bewegung beim Thema Einhausung. Während sich noch Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD)

weigerte zu helfen, hat sein Nachfolger Ramsauer (CSU) Gesprächsbereitschaft gezeigt. Auch eine weitere Studie mit neuen Ideen liegt vor. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass jetzt ein neuer Anlauf unternommen wird, die Überdeckung der Autobahn auch zu realisieren.

Dabei gibt es eine Reihe von Fragen zu klären, wie zum Beispiel die Bau- und Instandhaltungskosten, die Bezuschussung durch Land und Bund, die Möglichkeiten der Refinanzierung durch die Gewinnung neuer Wohnbauflächen, aber auch die notfalls anstehende Verlagerung von Kleingärten.

Am Ende wird abzuwägen sein, ob die hohen Kosten und der große Zeitaufwand bis zur Realisierung lohnenswert sind. Der umfassende Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner und die große stadtplanerische Chance für Frankfurt sprechen dafür.

ARBEITSMARKTPOLITIK IN FRANKFURT

In Frankfurt wird es für Langzeitarbeitslose weiterhin eine Betreuung aus einer Hand geben. Die Voraussetzungen dafür hat eine Grundgesetzänderung geschaffen, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung gefordert hatte. Auch die Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit großer Mehrheit und mit den Stimmen von Grünen, CDU, SPD und FDP dafür ausgesprochen, die in der Praxis bewährte Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Frankfurt nach Möglichkeit fortzusetzen.



Quelle: Helmut Seuffert

Somit können Leistungen weiterhin unkompliziert gewährleistet werden, ohne dass es zu neuen, unnötigen Doppelstrukturen kommt. Ein maßgeblicher Einfluss der Kommune auf die Arbeitsmarktpolitik wird nach wie vor gegeben sein, um eine passgenaue Förderung und eine

sinnvolle Verknüpfung verschiedener sozialer Leistungen zu ermöglichen. Ein weiterer Organisationswechsel innerhalb weniger Jahre konnte so vermieden werden, genauso wie die damit verbundene Anschaffung einer neuen IT-Infrastruktur in Millionenhöhe.

Wichtig ist außerdem, dass Stadt und Bund auch weiterhin die Verantwortung tragen und dass es zu keiner Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit gekommen ist. Die Bewältigung von Langzeitarbeitslosigkeit ist keine kommunale Aufgabe, die sich innerhalb der Stadtgrenzen lösen lässt. Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen ist eine nationale Aufgabe, die beim Bund angesiedelt bleiben muss. Fast alle großen Städte und Stadtstaaten wie Berlin, Köln, Dortmund, Düsseldorf, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Nürnberg, Hamburg und München haben sich für diesen Weg, die weitere Zusammenarbeit mit der Bundesagentur, und gegen die alleinige Verantwortung, die sogenannte Option, entschieden.

Trotzdem zeichnen sich für das Jahr 2011 erhebliche Probleme für die kommunale Arbeitsmarktpolitik ab. Der Bundeshaushalt sieht eine drastische Kürzung bei den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose vor. Damit würden in Frankfurt für diesen Zweck für 2011 noch gut 45 Millionen Euro zur Verfügung stehen und somit rund 17 Millionen Euro weniger als 2010 und immerhin 7,6 Millionen weniger als 2009. Das bedeutet eine erhebliche Verringerung der Maßnahmen für die betroffenen arbeitslosen Menschen und gleichzeitig eine Gefährdung der guten Arbeit der Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger in Frankfurt. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass diese Einschnitte nicht stattfinden und eine angemessene finanzielle Bundesbeteiligung an der kommunalen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sichergestellt wird.

FRANKFURTER BAHNHÖFE IN SCHLECHTEM ZUSTAND

Wohin gehen die Millionen der Deutschen Bahn?

Ein Teil der Frankfurter Bahnhöfe ist in einem beklagenswerten Zustand. Immer wieder beschwerten sich Fahrgäste bei den Städtischen Verkehrsgesellschaften und der Kommunalpolitik über die unwürdigen Zustände in den der DB gehörenden Frankfurter Bahnhöfen: fehlende Wand- und Deckenverkleidungen, defekte Rolltreppen und Aufzüge, überfüllte Müllkörbe, verschmutzte Bahnsteige, über Wochen und Monate defekte Informationsanzeigetafeln und vor allem fehlende Barrierefreiheit wie zum Beispiel am Westbahnhof oder am Bahnhof Höchst.

Dabei erhebt die DB Station und Service AG, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, für alle von ihr betriebenen Bahnhöfe, Stationen und Haltepunkte eine sogenannte Stationsgebühr, die nach Größe und Frequenz einer Station berechnet wird. Mit diesen Einnahmen sollen eigentlich der Unterhalt und der Betrieb der Bahnhöfe finanziert werden. Die DB Station und Service AG konnte ihren Gewinn in den letzten Jahren von 55 Millionen Euro 2004 und 69 Millionen Euro 2005 auf 190 Millionen Euro in 2008 bzw. 150 Millionen Euro in 2009 verdreifachen, obwohl die Zahl der Bahnhöfe und Zughalte fast gleich geblieben ist. Das wirft die Frage auf, ob die Stationsgebühren auch für den vorgesehenen Zweck in vollem Umfang verwendet werden. Hier ist die Bahn Aufklärung schuldig, denn bei den Frankfurter Bahnhöfen ist ein eklatanter Sanierungstau zu verzeichnen.

Allein für die Frankfurter Bahnhöfe kassiert die DB Station und Service AG nach groben Schätzungen jährlich über 20

Millionen Euro an Stationsgebühren vom Rhein-Main-Verkehrsverbund. Angesichts dieser Summen besteht das berechtigte Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu wissen, wofür die Stationsgebühren verwendet werden. So entsteht der Eindruck, dass Griesheim, Höchst und der Westbahnhof vergammeln, aber für teure Großprojekte, wie Stuttgart 21, Milliardensummen ausgegeben werden.

Die Grünen wollen nun gemeinsam mit der CDU Klarheit haben und in Erfahrung bringen, wie hoch die jeweiligen Stationsgebühren für die einzelnen Frankfurter Bahnhöfe sind, die im Jahr an die DB Station und Service AG gezahlt werden. Wir fordern die DB Station und Service AG auf darzulegen, wie trotz immenser, steigender Gewinne dieser Bahntochtergesellschaft der schlechte und oft kritisierte Zustand der Frankfurter Bahnhöfe zu erklären ist. Es kann nicht angehen, dass die Beschwerden bei der Stadt und beim RMV landen, die Millionen aber bei der Deutschen Bahn.

Angesichts der Zustände mancher Frankfurter Bahnhöfe und Stationen, stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, diese in anderer Trägerschaft zu betreiben, sofern sie vornehmlich oder ausschließlich dem Nahverkehr dienen. Lokale Verkehrsgesellschaften und die Stadt würden mit hoher Wahrscheinlichkeit mit den eingesparten und rückerstatteten Stationsgebühren ein Mehr an Sauberkeit, Service und Sicherheit erreichen, als die Bahn bisher gewährleisten kann.



© GRASHOfdesign / PIXELIO



ACHTUNG HINDERNIS!

Nutzen Sie die Möglichkeit, Hindernisse, die Ihnen als Bürgerin oder Bürger auf Ihren täglichen Wegen in Frankfurt begegnen, auf unserer Internetseite zu melden:

www.achtung-hindernis.de

WEICHENSTELLUNG FÜR NAXOS

Industriedenkmal und Kulturstätte werden erhalten

Die Stadtverordnetenversammlung hat nach monatelangen Debatten eine klare Entscheidung für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte auf dem Naxosgelände und für den Fortbestand einer kulturellen Nutzung der denkmalgeschützten Naxoshalle getroffen – und das ohne Wenn und Aber.

Die Grünen hatten, teilweise gegen erheblichen Widerstand anderer Parteien, gefordert, dass ein Drittel der Wohnbauflächen auf dem Naxosgelände an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte vergeben wird. Wir freuen uns sehr darüber, dass dies nun Realität wird. Die Bewerber haben nicht nur hinsichtlich der Architektur der Neubebauung, sondern auch mit Blick auf einen soziokulturellen Nutzen für den Stadtteil überzeugende Konzepte vorgelegt. Zudem wird dort eine neue Kindertagesstätte entstehen. Auch mit der Forderung, dass die Naxoshalle weiterhin als Industriedenkmal

wahrnehmbar und als Spielstätte für die Kultur erhalten bleibt, konnten wir Grüne uns durchsetzen. Mit den nun erfolgten Beschlussfassungen sind alle Spekulationen darüber, ob in der Naxoshalle künftig ein Supermarkt oder Ähnliches untergebracht werden soll, beendet. Die Naxoshalle steht weiterhin als Spielstätte für das Theater Willy Praml und die Kaes zur Verfügung, auch der Jugendladen Bornheim soll dort bleiben. Aus diesem Grund wird die Halle von der Stadt Frankfurt auch für 1,2 Millionen Euro saniert und so ein bedeutendes Industriedenkmal der Rhein-Main-Region gesichert.

Mit der Halle als Ort der Kultur, mit dem genossenschaftlichen Wohnen und dem Wohnungsbau der städtischen ABG Holding wird auf dem Naxos-Areal eine städtebauliche Entwicklung mit einer positiven Ausstrahlung für das gesamte Ostend und die angrenzenden Stadtteile entstehen.



Quelle: Helmut Seuffert

DIE GRÜNEN IM RÖMER



Olaf Cunitz

Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN IM RÖMER, Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit; Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses; Mitglied des Ältestenausschusses



Martina Feldmayer

Stellv. Fraktionsvorsitzende, Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Sport; Mitglied des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit



Stefan Majer

Stellv. Fraktionsvorsitzender; Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Planen und Bauen; Mitglied des Verkehrsausschusses; Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses; Mitglied des Ältestenausschusses



Ulrich Baier

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher; Mitglied des Ausschusses für Planen und Bauen; Mitglied des Sonderausschusses Dom-Römer



Marina Demaria

Mitglied des Ausschusses für Bildung und Integration



Helga Dörhöfer

Mitglied des Verkehrsausschusses; Mitglied im Ausschuss für Recht, Verwaltung und Sicherheit



Dr. Heike Hambrock

Vorsitzende des Sonderausschusses Dom-Römer; Stellv. Vorsitzende des Kulturausschusses; Mitglied des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung



Angela Hanisch

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Sport; Mitglied des Verkehrsausschusses



Ursula auf der Heide

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Frauen



Dr. Andrea Lehr

Mitglied des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau; Mitglied des Kultur- und Freizeitausschusses; Mitglied im Ortsbeirat 2



Sylvia Momsen

Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit, Mitglied im Kultur- und Freizeitausschuss



Uwe Paulsen

Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Frauen; Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses; Mitglied des Ältestenausschusses; Mitglied des Ausschusses für Bildung und Integration



Manuel Stock

Mitglied des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung; Mitglied des Ausschusses für Bildung und Integration; Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Sport; Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Frauen



Eva Triantafillidou

Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit; Mitglied des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit

ANSPRECHPARTNER

in den Ortsbeiräten

Ortsbeirat 1 (Altstadt, Bahnhof, Europaviertel, Gallus, Gutleut, Innenstadt)
Andreas Laeuen andreas@laeuen.de

Ortsbeirat 2 (Bockenheim, Kuhwald, Westend)
Arno Völker mail@arno-voelker.de

Ortsbeirat 3 (Nordend)
Bernhard Maier bernie_maier@yahoo.de
Ortsvorsteherin Karin Guder

Ortsbeirat 4 (Bornheim, Ostend)
Dr. Martin Ried married@gmx.de

Ortsbeirat 5 (Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen)
Ursula auf der Heide uadheide@web.de

Ortsbeirat 6 (Goldstein, Griesheim, Höchst, Nied, Schwanheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim)
Martina Feldmayer
martina.feldmayer@gmx.de

Ortsbeirat 7 (Hausen, Industriefhof, Praunheim, Rödelheim, Westhausen)
Thomas Demel grueneinfos@th-demel.de

Ortsbeirat 8 (Heddernheim, Niederursel, Nordweststadt)
Erik Harbach e_harbach@yahoo.de

Ortsbeirat 9 (Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim)
Annegret Brein
fraktion@gruene-eschersheim.de

Ortsbeirat 10 (Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim)
Barbara Burkhardt
barbara-burkhardt@t-online.de

Ortsbeirat 11 (Fechenheim, Riederwald, Seckbach)
Thomas Dorn TDorn@t-online.de

Ortsbeirat 12 (Kalbach, Riedberg)
Wolfgang Diel wolfgang.diel@genion.de

Ortsbeirat 13 (Nieder-Erlenbach)
Klaus Kuszmiarczyk
Klaus.Kusz@t-online.de

Ortsbeirat 14 (Harheim)
Ortsvorsteher Helmut Seuffert
helmut@seuffert.de

Ortsbeirat 15 (Nieder-Eschbach)
Michael Paul mp.hot@online.de

Ortsbeirat 16 (Bergen-Enkheim)
Ortsvorsteher Helmut Ulshöfer
Helmut.Ulshoefert@t-online.de

So erreichen Sie uns:

Fraktion
Die GRÜNEN im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Tel. +49 69 9203478-0
Fax +49 69 9203478-0

info@gruene-fraktion.frankfurt.de
www.roemergruene.de

**DIE GRÜNEN
IM RÖMER**